

UMWELTMEDIZIN

Klimagerechtigkeit

Orientierung im Dschungel des Klimawandels

Bernhard Sandner, Aschaffenburg

Bis März 2024 hat sich der Deutsche Ethikrat sehr eingehend mit der aktuellen Klimawandel-Thematik beschäftigt. Ergebnis ist eine 129 Seiten umfassende multidisziplinäre Stellungnahme [2], die in den wesentlichen Aussagen mit dem folgenden Artikel skizziert werden soll, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil – trotz unseres allgegenwärtigen, oft belastenden Wissens um Konflikte, Krisen, Kriege weltweit – die öffentliche Debatte um die Auswirkungen des Klimawandels und notwendige Maßnahmen ganz bestimmt nicht abebben wird.

Einleitung und Vorbemerkungen

Da das Klima ein globales Gemeingut ist, sind auch alle beteiligt, mitverursachend und zugleich betroffen, wenngleich die Beiträge zur Verursachung und das Ausmaß der Betroffenheit sehr unterschiedlich verteilt sind. Klimaethik hat das Ziel, normative Orientierung für individuelles und kollektives Handeln zum Schutz dieses globalen Gemeinguts zu geben.

Mit Blick auf den sozialen Frieden erscheint es dem Berichtersteller besonders wichtig, dass sich der Deutsche Ethikrat auch damit befasst hat, beispielsweise bei Klimaschutzmaßnahmen die Zumutbarkeit für schlechter gestellte Personen zu prüfen. Denn eine (im Grunde befürwortete) Klimaschutzpolitik hat in sozialer Hinsicht deutlich ungleiche Auswirkungen und wirft die Frage der innergesellschaftlichen Gerechtigkeit unter anderem aus einer einseitig-elitären Perspektive auf. Vorausgeschickt sei hier ein bedeutsamer Grundsatz des Ethikrates: Dieser kommt zwar in seinen sorgsam abgewogenen Argumentationsketten zu Empfehlungen, macht jedoch generell keine (Handlungs-)Vorschriften, geschweige denn spielt er einer Bevormundung in die Karten.

Klimawandel und Gerechtigkeit

Zunächst findet sich in der Stellungnahme eine kurze, aber sehr verständliche Darstellung des Sachstands über Ursachen und Folgen des Klimawandels (ungebremte weitere Erderwärmung mit katastrophalen Folgen, Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen, Gesundheitsgefährdung durch Hitze, Ausbreitung von Krankheitserregern etc.; vgl. verschiedene Artikel auf der [Webseite der GPA e. V.](#)).

„Die Bewältigung der Folgen des Klimawandels wirft schwerwiegende Fragen nach Gerechtigkeit und Verantwortung auf. Im Mittelpunkt stehen drei miteinander verwobene Dimensionen der Klimagerechtigkeit: die innergesellschaftliche, die internationale und die intergenerationelle Dimension. Belastungen und Verantwortlichkeiten müssen in diesen Dimensionen gerecht, ja angemessen verteilt werden.“, heißt es auf der Webseite des Ethikrats zur Stellungnahme [2]. Hierauf aufbauend entwickelt der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme ein Gerechtigkeitskonzept. Dieses zielt darauf ab, „die Verteilung von Lasten und Pflichten in allen drei Dimensionen so zu gestalten, dass

die Mindestvoraussetzungen für ein gutes, gelingendes Leben jetzt und in Zukunft erfüllt sind.“ [2].

Diese Mindestvoraussetzungen beschreibt der Ethikrat mit dem Begriff „Schwellenwert“, d. h. es geht um ausreichende (Mindest-)Grundlagen, u. a. Nahrung und Wasser, Gesundheit, Sicherheit, für Gesellschaften (suffizient). Entsprechend hat der Ethikrat eine „suffizientaristische Schwellenwertkonzeption der Klimagerechtigkeit“ entwickelt (Stellungnahme des Ethikrats, S. 11; Download [2]). Das Konzept beruht auf verschiedenen ethisch-philosophischen Grundsätzen: Grundsätzlich soll es allen Menschen möglich sein, ein gutes Leben zu führen (egalitaristisch); hierfür sind eben Mindestvoraussetzungen nötig (suffizientaristisch). Da der Klimawandel zudem verschiedene Bevölkerungen ganz unterschiedlich stark betrifft, haben manche Vorrang – die grundlegenden Bedingungen (Schwellenwerte) für ein gesundes Leben sollen zuerst diejenigen erlangen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels belastet werden (prioritaristisch).

Aus dem vorgestellten Gerechtigkeitskonzept ergeben sich ethische Folgen in wenigstens drei Dimensionen mit Blick



- auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen:
1. innerhalb einer Gesellschaft,
 2. auf Menschen in unterschiedlichen Staaten und Weltregionen sowie
 3. auf die heute lebenden und zukünftigen Generationen.

Zu 1.: Schäden und Belastungen infolge des Klimawandels treffen auch in Deutschland gerade Menschen mit geringen finanziellen Mitteln besonders hart. Von daher gilt es einer Verschärfung sozialer Verwerfungen und Konflikte entgegenzuwirken und Belastungen so zu verteilen, dass *innergesellschaftlich* die Voraussetzungen eines guten, gelingenden Lebens für alle gewahrt bleiben. Faire Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten am öffentlichen politischen Diskurs über Klimagerechtigkeit sowie eine transparente Gegenüber-

stellung der verschiedenen Argumente und Handlungsoptionen sollten geschaffen bzw. verbessert werden.

Zu 2.: *International* müssen die lange Vorgeschichte durch den Kolonialismus und die Industrialisierung genauso berücksichtigt werden wie die fortwährenden neokolonialen Abhängigkeiten. Beiträge zur Erderwärmung wie auch Klimaschäden und die Möglichkeiten, sich vor diesen zu schützen, sind geografisch ungleich verteilt. Ein Transfer angemessener Ausgleichszahlungen sollte in fairen multilateralen Prozessen ausgehandelt und in vertraglichen Übereinkünften festgehalten werden. Denn Menschen in allen Ländern verdienen gleiche Chancen auf ein gutes, gelingendes Leben und müssen entsprechende Schwellenwerte (vgl. oben) erreichen können. Dies setzt

voraus, dass die wohlhabenden Industriestaaten die Länder des Globalen Südens darin unterstützen, die notwendigen Investitionen zur Emissionsreduzierung und Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren.

Zu 3.: *Junge und heute noch nicht geborene Menschen* werden die Hauptlasten eines veränderten Weltklimas sowie die im Umgang damit erforderlichen Maßnahmen zu tragen haben. Angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen jüngerer und zukünftiger Generationen ist ein Abwarten, Hinhalten und Hinauszögern ethisch nicht zu rechtfertigen. Die Perspektiven und Interessen junger Menschen sollten in der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung über Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels ein größeres

© Hamath Robold, Berliner Identilabor GmbH

ILLUSTRATION

Gewicht erhalten. Denn es dürfen künftigen Generationen keine unverhältnismäßigen Belastungen auferlegt werden. Alle in Erwägung gezogenen Lösungsansätze müssen zukünftigen Generationen durch angemessene Berücksichtigung von deren Interessen ausreichende Entscheidungs- und Handlungsspielräume lassen und dürfen keinesfalls eine kaum noch zu bewältigende Bürde sein. Wie bei den vorangestellten Dimensionen gilt intergenerationell ebenso der Grundsatz, alle notwendigen wie zumutbaren Mittel zu ergreifen, um zu verhindern, dass zukünftige Generationen die Mindestvoraussetzungen eines guten, gelingenden Lebens nicht mehr erreichen können.

Der BVerfGE-Beschluss vom 24. März 2021 zum Klimaschutz unterstreicht die Notwendigkeit einer ethischen Fundierung gerechter Klimapolitik, wobei im Hinblick auf nachfolgende Generationen Klimaschutzmaßnahmen zumutbar zu verteilen sind [3].

Auf der Basis dieses Konzepts der Klimagerechtigkeit legt der Ethikrat den Fokus auf Schlüsselfragen zur Verantwortung im Klimawandel und beschreibt als Aufgabe der Klima-Ethik, Möglichkeiten für verantwortliches politisches wie individuelles Handeln im Umgang mit dem Klimawandel aufzuzeigen, moralisch vertretbare Handlungsoptionen herauszuarbeiten, zu begründen und damit Unsicherheiten zu reduzieren.

Verantwortung im Klimawandel

Verantwortung setzt Freiheit voraus und Freiheit schließt Verantwortung ein. Dieses Prinzip gilt auch im Kontext des Klimawandels, ist für das freiheitlich-demokratische Gemeinwesen zentral und wird durch das Recht gesichert. Menschliches Zusammenleben bedarf

gegenseitiger Freiheitseinschränkungen, um eine gleichberechtigte Freiheit aller zu ermöglichen. Die innere Einsicht in die Notwendigkeit des Handelns führt zu Selbstverpflichtungen als Ausdruck der eigenen Freiheit. Dies kann bedeuten, bisherige Lebensstile infrage zu stellen bzw. Verhalten zu verändern: beispielsweise durch einen freiwilligen Verzicht auf bestimmte Urlaubs-, Konsum- oder Mobilitätsformen. In der öffentlichen Debatte spielen Einschränkungen bisheriger Freiheiten und Möglichkeiten sowie deren Rechtfertigung in der Abwägung mit anderen persönlichen und gesellschaftlichen Zielen eine zentrale, oft konflikterzeugende Rolle. Zugleich verleitet die lebensweltliche Vertrautheit des Verantwortungsbegriffes immer wieder zu vorschnellen Vereinfachungen und einseitigen Verantwortungszuschreibungen.

Die *individuelle Verantwortung* steht häufig im Mittelpunkt der Klimadebatte. Allerdings wäre es unangemessen, die Bewältigung des Klimawandels allein von den Individuen zu erwarten. Soweit die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung keine geeigneten Voraussetzungen dafür bietet, darf von staatlicher Seite kein emissionsärmerer Lebensstil und Konsum verlangt werden. Gleichwohl liegt ein Teil der Klimaschutzverantwortung bei Einzelpersonen und ihren Konsumentscheidungen – jedenfalls im Rahmen individueller Freiheitsgrade und der Verfügbarkeit zumutbarer emissionsärmerer Alternativen. Individuelle Beiträge mögen klein sein, bleiben aber moralisch relevant. Insofern sie sich im Verhalten vieler Individuen habitualisieren und zur Routine werden, befördern sie die Entstehung und Entwicklung einer Kultur wahrgenommener Verantwortung. Jeder Mensch trägt die moralische Verantwortung, dazu beizutragen, dass gesellschaftliche Verpflichtungen erfüllt werden können (Mit-

wirkungspflicht). Dazu gehört die Reflexion der eigenen Lebensweise und des (sehr wohl autonom bestimmten) zivilgesellschaftlichen Engagements und eine Änderung im Rahmen der eigenen wie möglichen Zumutbarkeit.

Auf der *politischen Ebene* (also systemischen Ebene) besteht die Aufgabe darin, die gesellschaftlichen Verhältnisse und rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass emissionsärmeres Verhalten ohne unzumutbare persönliche bzw. unternehmerische Belastungen möglich wird. Effektive und verhältnismäßige Maßnahmen müssen nicht nur demokratisch legitimiert werden, sondern sollten auch zeitlich vorausschauend strukturiert werden, damit Individuen und *private Kollektive* sich darauf einstellen können und z. B. Planungssicherheit für Unternehmen entsteht. Gerade weltweit agierende Firmen haben gemäß dem Fähigkeitsprinzip eine moralische Mitwirkungspflicht. Diese darf aber nicht über Gebühr belastet werden, indem Wettbewerbsregeln und Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zumindest im nationalstaatlichen Rahmen so gestaltet werden, dass sie Klimagerechtigkeit unterstützen und nicht behindern. Auf diese Weise können Unternehmen ebenso ihre moralische Verantwortung wahrnehmen, Individuen ein klimagerechtes Konsumverhalten zu ermöglichen.

In Anbetracht der außerordentlich schwerwiegenden Folgen einer ungebremsten globalen Erderwärmung wäre es geradezu unverantwortlich, auf nationale und europäische Klimaschutzmaßnahmen nur deshalb zu verzichten, weil die weltweite Umsetzung entsprechender Maßnahmen noch nicht gesichert erscheint. Gleichwohl erfordert die globale Dimension des Klimawandels dringlichst eine globale Strategie. Bemühungen um effektivere internationale Klimaschutz-

abkommen ohne zeitgleiche nationale bzw. europäische Anstrengungen wären aber politisch unglaublich. Darüber hinaus steht die Klimapolitik angesichts immer stärker spürbarer Folgen (siehe Starkregen-/verheerende Brandereignisse sowie Mortalität durch Hitzeextreme) und sich verschlimmernder Prognosen unter Druck, den Klimawandel zu bremsen und dessen Auswirkungen zu bewältigen.

Den Akteurinnen und Akteuren in Politik und Medien kommt spezielle Verantwortung zu, einen konstruktiven lösungsorientierten Diskurs zum Klimawandel zu ermöglichen und zu führen. Zu einer glaubwürdigen Diskussion über realistische Klimalösungen gehört eine sachliche Berichterstattung, die weder beschönigt noch überzeichnet und in angemessenem Umfang der Breite der in der Gesellschaft und der Wissenschaft vertretenen Positionen Raum bietet. Sachlich kaum fundierten Zweifeln, Ausweichstrategien oder Pseudolösungen sollte nicht zu viel Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Persönlicher Blick und Fazit

Da auf allen Ebenen erhebliche Hemmnisse für eine gerechte Wahrnehmung von Klimaverantwortung bestehen, sind angesichts immenser Risiken durch den Klimawandel vorrangig staatliche Akteure – ergänzt durch zivilgesellschaftliches Engagement – in einer besonderen Pflicht. Dabei geht es neben den Anstrengungen zu entsprechenden Verträgen auf internationalem Parkett auch darum, für die eigene Bevölkerung plausible Anreize zu schaffen, um möglichst viele Individuen buchstäblich mitzunehmen, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Dabei muss endlich in das Bewusstsein dringen, dass nachhaltige Klima-Politik eigentlich Friedens-Politik

ist und dass außerdem nur mit multilateralen wie internationalen Anstrengungen unter anderem weltweite Spannungen infolge Klimawandelbedingter Migrationsbewegungen, die mittlerweile eine Dimension von Völkerwanderung annehmen, verringert werden können.

Die Suche nach Wegen, Klimawandel und Erderwärmung zu begrenzen und ihre Folgen zu bewältigen, gehört zu den großen Menschheitsaufgaben der Gegenwart und Zukunft und wirft vielfältige Fragen der Gerechtigkeit auf. Lösungsansätze im Interesse der Gesundheit und der Lebenschancen heute und künftig lebender Generationen betreffen sowohl Emissionsminderungsmaßnahmen (Mitigation) als auch Anpassungen an bereits eingetretene und zukünftig auftretende Folgen des Klimawandels (Adaptation), wie etwa den Schutz vor Hitze (vgl. auch [1]), Hochwasser, Dürre und Waldbränden. Darüber hinaus bedarf es der Entwicklung von Technologien zur gezielten Verringerung der Treibhauskonzentrationen (CO₂-Entfernung aus der Erdatmosphäre etc.) (vgl. auch [6, 7, 8]).

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – und ebenso vice versa (Beispiele Planetary Health Diet [vgl. auch 5]; Reduktion der Luftschadstoffbelastung [vgl. auch 4]). Es ist möglich, Klimaschutz ethisch gut zu begründen und Maßnahmen gerecht, gesellschaftlich akzeptabel und demokratisch legitimiert zu gestalten. Zudem eröffnen sich zugleich in vielen Bereichen große Entwicklungschancen – neben den positiven Effekten für die Lebensqualität vieler Menschen nicht zuletzt für beschäftigungswirksame Innovationen in Industrie, Verkehr und Energiewirtschaft. Dementsprechend erwartbare positive Aspekte sollten mit Blick auf die große Herausforderung einer sozial-ökologischen Transformation ausreichend beleuchtet werden.

Dr. med. Bernhard Sandner

63739 Aschaffenburg
sandnerbernhard@googlemail.com
www.netstap.de

Der Verfasser ist Mitglied der WAG Umwelt in der GPA e.V. und erklärt, dass keine Interessenkonflikte vorliegen.

Literatur

- 1 Ankermann T, Nüßlein T, Harner S. Klimawandel und Kindergesundheit (GPA Plenum beim Deutschen Allergiekongress 2024). Paed Allerg 1/2025: 26–38. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/media/2015/pdfs/Paed_All_eJournal_2025_Nr1_Umweltmedizin.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 2 Deutscher Ethikrat. Stellungnahme Klimagerechtigkeit. 13.03.2024. Verfügbar unter: <https://www.ethikrat.org/publikationen/stellungnahmen/klimagerechtigkeit/>; Download: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Stellungnahmen/deutsch/klimagerechtigkeit.pdf>; abgerufen am 02.10.2024
- 3 Lob-Corzilius T, Corzilius O. Wegweisendes BVerfG-Urteil zum Klimaschutz. Paed Allerg 3/2021: 65–66. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/fileadmin/user_upload/GPA/dateien_indiziert/Sonstiges/Paed_Allergologie_2021_3_Umwelt2.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 4 Lob-Corzilius Th. Klimawandel und Pneumologie. Paed Allerg 2/2023: 32–35. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/media/2015/pdfs/Paed_All_eJournal_2023_Nr2_Umweltmedizin.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 5 Schönberg S. Planetary Health Diet – Global denken, lokal handeln: Aber wie? Paed. Allerg 2/2021, 47–52. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/fileadmin/user_upload/GPA/dateien_indiziert/Sonstiges/Paed_Allergologie_2021_2_Umwelt.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 6 Trapp M. Kohlendioxid entsorgen. Paed Allerg 2/2024: 50–55. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/media/2015/pdfs/Paed_All_eJournal_2024-Nr2_UMed.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 7 Trapp M. Tausend Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid zu viel in der Atmosphäre, Teil 1. Paed Allerg 1/2022: 60–66. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/media/2015/pdfs/PaedAll_1-2022_Umwelt_Kohlenstoffdioxid.pdf; abgerufen am 22.01.2025
- 8 Trapp M. Tausend Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid zu viel in der Atmosphäre, Teil 2. Paed Allerg 2/2022: 42–48. Verfügbar unter: https://www.gpau.de/media/2015/pdfs/PaedAll_2-2022_Umwelt_Kohlenstoffdioxid_II.pdf; abgerufen am 22.01.2025